



Nr. 333 | 03.09.2024

Polen-Analysen

Ordo Iuris. Fundamental-katholische Juristen im Kampf um Deutungshoheit

■ ANALYSE	
Ordo Iuris. Fundamental-katholische Juristen im Kampf um Deutungshoheit	2
Klaudia Hanisch, Göttingen	
<hr/>	
■ CHRONIK	
9. Juli – 2. September 2024	7

Ordo Iuris. Fundamental-katholische Juristen im Kampf um Deutungshoheit

Klaudia Hanisch, Göttingen

DOI: 10.31205/PA.333.01

Zusammenfassung

Ordo Iuris, eine fundamental-katholische Stiftung und Denkfabrik in Polen, strebt gezielt nach kultureller Hegemonie durch eine umfassende Kombination konservativer rechtlicher, politischer und medialer Aktivitäten. Wesentlich beteiligt war Ordo Iuris an der Verschärfung des Abtreibungsgesetzes in Polen sowie an der Förderung »LGBT-freier Zonen«. Prominente Mitglieder wie Karina Bosak, die zugleich eine Schlüsselfigur in der Partei Konföderation (Konfederacja) ist, nutzen ihre politischen Positionen, um antifeministische und traditionalistische Werte zu propagieren. International arbeitet Ordo Iuris mit Organisationen wie der Heritage Foundation zusammen und strebt an, konservative Ideologien global zu verbreiten. Durch ihre Stellungnahmen bei europäischen Institutionen wie dem Europarat und der UN unterstreichen sie ihre Ambitionen, die gesellschaftspolitische Landschaft nicht nur national, sondern auch international zu prägen.

Eigentlich betreibt Karol Modzelewski einen erfolgreichen YouTube-Kanal mit knapp 200.000 Abonnenten und dem Hauptformat »Nachrichten ohne Virus« (Newsy bez wirusa). Auf seine spöttische Art präsentiert der Stand-up-Künstler und Satiriker dort ausgewählte Ereignisse aus Politik, Gesellschaft und Showbiz. Zu einem neuerlichen Bekanntheitsschub hat im Sommer 2023 sein Rechtsstreit mit dem einflussreichen Think-tank fundamentalistisch-katholischer Juristen Ordo Iuris (zu Deutsch »Rechtsordnung«) geführt. In einem vorgerichtlichen Unterlassungsschreiben, verbunden mit einer finanziellen Forderung an Modzelewski, verlangt jener die Entfernung eines YouTube-Films, der die außerehelichen Affären von Ordo Iuris-Mitarbeitern zum Thema macht und somit ihre Doppelmoral offenlegt.

Angesichts der legislativen Durchsetzungsfähigkeit von Ordo Iuris und des Einflusses seiner Mitglieder in Kreisen der damaligen Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) erscheint dies wie der ungleiche Kampf zwischen David und Goliath. Umso beeindruckender mutete die Entschlossenheit des Satirikers an, sich von dem Juristenverband nicht einschüchtern zu lassen, sondern in die Offensive zu gehen. Modzelewski nutzte dabei die Instrumente der sozialen Medien und antwortete öffentlichkeitswirksam, dass er nicht beabsichtige, den Film zu entfernen. Zudem kündigte er an, eine ganze Reihe von Filmen unter dem Motto »So wie bei Ordo Iuris« zu produzieren, in denen es um Heuchelei und Doppelmoral im öffentlichen Leben gehen soll. Durch dieses Vorgehen erlangte das Thema der Seitensprünge der Ordo Iuris-Mitarbeiter eine weitaus größere Bekanntheit, als es wohl ohne den Rechtsstreit der Fall gewesen wäre.

Eine Strategie der Einschüchterung: SLAPP-Verfahren

Die Strategie der Einschüchterung über den juristischen Weg, die in diesem Fall nicht ansatzweise aufgegangen ist, ist nicht neu und nur eine von vielen Methoden von Ordo Iuris. Solche SLAPP-Verfahren (Strategic Lawsuit Against Public Participation) zeichnen sich dadurch aus, dass ihr Ziel nicht darin besteht, vor Gericht zu gewinnen oder mit stichhaltigen Argumenten zu überzeugen. Vielmehr sollen sie Aktivist:innen zermürben und einschüchtern, um sie davon abzuhalten, sich weiterhin öffentlich zu äußern und andere zu ermutigen, ebenfalls Stellung zu beziehen. Organisationen und Institutionen, die solche Klagen einreichen, verfügen oft über ausreichend Ressourcen, um eine Flut von Klagen zu führen. Der betroffene Aktivist hingegen steht vor der Herausforderung, zu entscheiden, ob er noch die Kraft und die Zeit hat, diesem juristischen Druck standzuhalten. Ordo Iuris hat in den letzten Jahren mehrere Prozesse gegen Personen des öffentlichen Lebens, insbesondere gegen Frauenrechtsaktivistinnen und kritische Journalistinnen, geführt. Besonders hervorzuheben sind die rechtlichen Auseinandersetzungen mit Marta Lempart, der Mitbegründerin der polnischen Frauenrechtsbewegung Frauenstreik (Strajk Kobiet). Im Dezember 2023 wurde sie in einem aufsehenerregenden Prozess vom Vorwurf der Verleumdung freigesprochen. Anlass der Klage war ein Interview, in dem Lempart die Mitglieder des Ordo Iuris als »Sadisten« bezeichnete und ihnen vorwarf, durch ihr Handeln dazu beizutragen, dass Frauen wegen Fehlgeburten strafrechtlich verfolgt werden könnten. Diese scharfe Kritik führte dazu, dass Ordo Iuris eine Klage gegen sie einreichte. Der langwierige Prozess, der sich über fünf Jahre erstreckte, endete mit einem Freispruch

für Lempart. Die Richterin betonte in ihrer Urteilsbegründung, dass Lemparts Äußerungen im Rahmen zulässiger Kritik an den Aktivitäten von Ordo Iuris zu sehen seien.

Ob in polnischen Kleinstädten, in Warschau, Brüssel oder Genf – wo immer der Kampf zwischen einer vermeintlich natürlichen Ordnung und gesellschaftlichem Fortschritt auftritt sind die Anwälte von Ordo Iuris präsent. Sie beschreiben sich selbst auf ihrer Webseite als »Thinktank von Anwälten, die konservative Werte in der praktischen Rechtsanwendung verteidigen«. Die Organisation hat ihre Position über die Jahre durch die Gründung und Finanzierung ähnlicher Gruppen im Ausland gestärkt und koordiniert internationale Bemühungen, um ihre ideologische Agenda voranzutreiben.

Die strategische Ausrichtung: auf dem Weg zur kulturellen Hegemonie

Es hat sich schnell gezeigt, dass Ordo Iuris, das im August 2023 sein zehnjähriges Gründungsjubiläum feierte, keine gewöhnliche Nichtregierungsorganisation ist. Die Ziele des Netzwerks sind zu ehrgeizig: Es geht um nicht weniger als um Deutungshoheit und kulturelle Hegemonie im Namen der vermeintlichen Mehrheit, die das Netzwerk zu repräsentieren beansprucht – das national-katholische Polen mit einem traditionellen Rollenverständnis in der Familie als Bund zwischen Mann und Frau mit mehreren Kindern. Um diese im Kern antipluralistische Agenda durchzusetzen, bedient sich das Netzwerk bewusst einer Kombination aus rechtlichen, politischen, medialen und gesellschaftlichen Aktivitäten. So betonte eine Vertreterin von Ordo Iuris in Interviews, dass die Organisation gerade durch ihre juristische Expertise und konkrete dynamische politische Aktionen in Ostmitteleuropa als konservativer Meinungsführer wahrgenommen wird.

Der Vorstandsvorsitzende des Thinktanks und Anwalt Jerzy Kwaśniewski, gerade einmal 41 Jahre alt, wurde bereits 2021 im Ranking des US-amerikanischen Magazins Politico zu den 28 einflussreichsten Menschen in Europa gezählt. Die aktuelle Führung von Ordo Iuris besteht aus sehr jungen, in den 1990er Jahren geborenen Personen. Sie besetzen eine Lücke, die durch die Schwäche christlicher Kräfte in Europa entstanden ist; die angebotene Führung wird von bestimmten konservativen Gruppen angenommen. Mit Ordo Iuris verbundene Experten haben sich in den letzten Jahren erfolgreich Machtpositionen in polnischen Regierungskreisen der Nationalkonservativen (2023 abgewählt) erarbeitet. So sind aus ihren Reihen bereits zwei Richter des Obersten Gerichtshofs (Sąd Najwyższy) hervorgegangen (darunter der Gründer des Thinktanks und dessen erster Direktor Aleksander Stępkowski), außerdem ein stellvertretender Außenminister, ein Mitglied des Beira-

tes des Nationalen Instituts für Freiheit (Narodowy Instytut Wolności) und ein Mitglied des Nationalen Entwicklungsbeirats beim Präsidenten der Republik Polen.

Seit dem vergangenen Jahr ist Karina Bosak in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Seit 2014 arbeitet sie als Anwältin und Analytikerin für das Ordo Iuris Institut, wo sie unter anderem das Zentrum für Religionsfreiheit leitete. Parallel zu ihrer Tätigkeit bei Ordo Iuris ist sie eine prominente Figur in der rechtsnationalen Partei Konföderation. Bei den Parlamentswahlen 2023 gelang ihr der Einzug in den Sejm, wo sie überraschend mehr Stimmen erhielt als der auf der Wahlliste der Konföderation vor ihr platzierte bekannte Politiker Janusz Korwin-Mikke. Darüber hinaus ist sie die Ehefrau von Krzysztof Bosak, einem führenden Politiker der Konföderation, was ihre politische Bedeutung weiter unterstreicht.

Frauen- und LGBT-Rechte auf der Zielscheibe

Auch Karina Bosak vertritt fundamentalistische, antifeministische Positionen: Im Sejm äußerte sie die Ansicht, dass das Töten ungeborener Kinder als das ultimative Böse zu betrachten sei. Sie betonte, dass es auch das reine Böse sei, Bedingungen zu schaffen, unter denen Frauen dazu ermutigt werden, eine Abtreibung vorzunehmen. Gleichzeitig versucht sie den Spagat, gerade Frauen für ihre Positionen zu gewinnen, etwa indem sie argumentiert, dass radikaler Feminismus den Männern einen großen Gefallen tue, indem er ihnen die Verantwortung und Pflichten abnehme und die Last allein den Frauen überlasse. Männer, so Bosak, hätten den Vorteil, dass sie nicht mit den physischen und emotionalen Folgen einer Abtreibung konfrontiert würden. Statt »Mein Körper, meine Wahl« sollten Frauen die Unterstützung hören: »Unser Kind, unsere Verantwortung«. Bosak erinnert auch gern daran, dass sie ihre Amtszeit im aktuellen Parlament begann, als sie schwanger war, und dass sie ihr Kind im Plenarsaal des Sejms stillte, um ihre Rolle als moderne Mutter und Politikerin zu betonen.

Ordo Iuris hatte einen wesentlichen Anteil an der Durchsetzung einer der strengsten Abtreibungsregelungen in Europa. Im Jahr 2020 führte politischer Druck von Ordo Iuris und anderen konservativen Gruppen zur Verabschiedung eines Gesetzes, das Abtreibungen nahezu vollständig verbot, selbst in Fällen schwerwiegender fetaler Anomalien. Auch die Verbreitung der sogenannten »LGBT-freien Zonen« geht auf das Konto der Organisation. Die Anwälte von Ordo Iuris tourten monatelang durch die Kreis- und Gemeinderäte des Landes, um den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern in Workshops den fertigen Antrag »Kommunale Charta der Polnischen Familien« schmackhaft zu machen. Sie verfassen kommunale Verordnungsentwürfe und ver-

teidigen diese vor Gericht, falls es zu Konflikten mit nationalem und europäischem Recht kommt. Mittlerweile ziehen immer mehr Gemeinden und Landkreise ihre »Anti-LGBT«-Beschlüsse zurück. Dabei spielte die Perspektive des Entzugs von EU-Geldern eine entscheidende Rolle. Die Herausgeber des »Atlas des Hasses« (Atlas nienawiści), der Ende 2019 als Internetseite veröffentlicht wurde, zählen derzeit noch fünf solcher Gemeinden oder Regionen, wo explizite Anti-LGBT-Beschlüsse oder die von Ordo Iuris entwickelte Kommunale Charta der Polnischen Familien gelten. Zuvor waren es über 100.

Labor und Kaderschmiede des konservativen Rollbacks

Trotz einiger verlorener Schlachten, wozu der Rückzug der kommunalen Selbstverwaltung aus Anti-LGBT-Beschlüssen oder die aktuelle Kündigung des Mietvertrags durch den Vermieter in der Hauptgeschäftsstelle in Warschau zählt, spielen die Juristen rund um Ordo Iuris aufgrund ihres Fachwissens und ihrer Positionen im politischen Gefüge weiterhin eine wichtige Rolle. Der deutsche Politikwissenschaftler Karl Rohe hat den Begriff der »Deutungseliten« geprägt. Darunter verstand er bestimmte Gruppen von Personen, die über besondere Fähigkeiten, Wissen oder Autorität verfügen, um die Bedeutung von sozialen Ereignissen, Phänomenen und Veränderungen zu interpretieren und zu erklären. Rohe argumentierte, dass die Komplexität der sozialen Strukturen und Prozesse in modernen Gesellschaften dazu führt, dass nicht jeder Einzelne in der Lage ist, alle Ereignisse und Entwicklungen zu verstehen. Daher bilden sich Gruppen von Deutungseliten heraus, denen man die Kompetenz zuspricht, Bedeutungen zu vermitteln. Dabei seien besonders Anwälte und Juristenverbände befähigt, eine Deutungskultur zu formen, indem sie Diskussionen über rechtliche Leerstellen, Grauzonen und Konflikte anstoßen und so die Rechtsprechung beeinflussen. Dies könne sowohl durch schriftliche Abhandlungen, Kommentare zu aktuellen Fällen als auch durch die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen und Medien geschehen.

All dies sind Strategien, die Mitarbeiter von Ordo Iuris in Polen, einem Land mit vergleichsweise schwächeren demokratisch legitimierten Institutionen als im Westen, bewusst und recht erfolgreich anwenden. Deutlich sichtbar war dies bei den Angriffen auf den Bürgerrechtsbeauftragten Adam Bodnar während und auch nach seiner Amtszeit. Die Organisation kann Gesetzesentwürfe erarbeiten, wie das im Sejm nach den sog. Schwarzen Protesten der Frauenrechtsbewegung 2016 im ersten Anlauf gescheiterte Abtreibungsverbot, oder Änderungen an bestehenden Gesetzen vorschlagen, um fundamentalistisch-katholische Werte zu fördern. Durch Lob-

byarbeit und direkte Zusammenarbeit mit politischen Parteien wie Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), aber auch der Konföderation versucht die Organisation, ihre Prioritäten gezielt in die politische Agenda einzubringen. Die Anwälte von Ordo Iuris übernehmen zudem strategisch wichtige Rechtsverfahren, etwa bei der disziplinarischen Entlassung einer Professorin aufgrund von homophoben Äußerungen oder im Fall einer rechtsradikalen jungen Aktivistin, die zusammen mit drei jungen Männern eine Frau mit einer Tasche in Regenbogenfarben überfallen hat. Solche Verfahren bieten nicht zuletzt eine Plattform, um der Gesellschaft die eigene Sichtweise zu präsentieren und die öffentliche Debatte zu beeinflussen.

Ein wichtiger Bestandteil des kulturhegemonialen Projekts ist die ideologische Prägung der nächsten Generation konservativer Juristen und Journalisten an der 2021 eigens von Ordo Iuris in Warschau gegründeten Hochschule Collegium Intermarium. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass die Anzahl der Studienbewerber beim Studienfach Rechtswissenschaften an dieser Hochschule sehr gering ausfällt. Das Netzwerk um Ordo Iuris erweitert kontinuierlich seine Aktivitäten und hat zuletzt ein Fact-Checking-Portal und eine Petitionsplattform gegründet. Es intensiviert die Zusammenarbeit mit rechten und katholisch-fundamentalistischen Journalisten in Polen und im Ausland. Auf ihren Internetseiten bewirbt Ordo Iuris den neuen Studiengang Journalismus am Collegium Intermarium mit mehreren Prominenten des rechten polnischen Journalismus: Paweł Lisicki, Rafał Ziemkiewicz und Łukasz Warzecha.

Internationale Ambitionen und Instrumente

Die außerhalb Polens wenig bekannte Organisation Ordo Iuris ist auch auf internationaler Ebene durchaus aktiv. Ähnlich wie andere Gruppen dieses Typus, die sich dem Kampf gegen die liberale Gesellschaft verschrieben haben, engagiert sie sich als Lobby- und Beraterorganisation. Auf ihrer Webseite betont das Ordo Iuris Institut seinen bedeutenden Einfluss, indem es darauf hinweist, dass es auf Anfrage der Venedig-Kommission des Europarates (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht), des Monitoring-Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) und des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) regelmäßig Stellungnahmen abgibt. Darüber hinaus hat das Institut formell Gutachten an den Generalsekretär des Europarates, den Menschenrechtskommissar, den Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie der PACE, den UN-Menschenrechtsrat sowie an oberste Gerichte und Verfassungsgerichte mehrerer Länder, darunter Brasilien, Chile und Kroatien, übermittelt. Die Stiftung ist beim Europäischen Parlament akkredi-

tiert (registriert unter der Nummer 206499215012-94) und beteiligt sich durch Lobbying am Gesetzgebungsprozess. Zudem verfügt Ordo Iuris über einen beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC).

Unterstützt vom damaligen polnischen Justizminister Zbigniew Ziobro hat die Organisation ab 2020 eine Kampagne angeführt, um die EU-Ratifizierung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt zu blockieren. An ihrer Stelle sollte ein Abkommen über »Familienrechte« zur Förderung heterosexueller Ehen und traditioneller Geschlechterrollen verabschiedet werden, wofür Ordo Iuris in Brüssel Lobbying betrieben hat. Die EU-Kommissarin Věra Jourová thematisierte, dass sie insbesondere von polnischen Protesten überhäuft wurde, was im Wesentlichen auf das Wirken von Ordo Iuris und seinem Umfeld zurückgeführt wurde. Die Organisation nutzt die in Teilen der Gesellschaft Anklang findende Anti-Gender-Rhetorik, um das politische Klima weiter zu prägen und die politische Agenda zu radikalisieren.

Instrumentalisierung von Angst und Geschichte zur Mobilisierung gegen EU-Reformen

Aktuell plant Ordo Iuris in Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Heritage Foundation eine internationale Konferenz in Warschau, bei der Experten aus den USA und Europa, darunter Vertreter von Parteien aus Polen, Spanien, Ungarn, Frankreich und Italien, die für ihre nationalistischen und souveränistischen Positionen bekannt sind, zusammentreffen werden. Diese Veranstaltung soll dazu dienen, die vermeintlich »katastrophalen« Folgen der Zentralisierung der Europäischen Union zu diskutieren und die »ideologischen Hintergründe« der EU-Reformen anzugreifen.

Ordo Iuris stellt die aktuellen Veränderungen in der EU zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit als gravierende Bedrohung für nationale Souveränität, Demokratie und traditionelle Werte dar und warnt vor einer angeblich bevorstehenden »neomarxistischen Revolution«. Diese Rhetorik, die stark auf Angst und Polarisierung setzt, wird genutzt, um die EU-Reformen als Gefahr für die nationale Identität und Freiheit darzustellen. In den letzten Monaten hat Ordo Iuris Berichte veröffentlicht, die diese Narrative unterstützen, und sie an internationale Politiker und soziale Bewegungen weitergegeben, um ein Netzwerk des Widerstands gegen die EU zu schaffen. Kritiker könnten jedoch einwenden, dass diese Darstellung stark ideologisch geprägt und wenig differenziert ist und dass sie versucht, durch das Schüren von Ängsten politischen Einfluss zu gewinnen.

Ordo Iuris ruft zu internationalem Widerstand gegen die EU-Reformen auf und nutzt dabei historische Bezüge, um seine Position zu legitimieren. Ein zen-

traler historischer Bezugspunkt ist die Erinnerung an die Schlacht bei Warschau 1920, auch bekannt als das »Wunder an der Weichsel«, in der Polen die Rote Armee zurückschlug und damit, so das in Polen allgemein verbreitete Narrativ, die Ausbreitung des Bolschewismus nach Westeuropa verhinderte. Ordo Iuris stellt diese historische Schlacht als Symbol des Widerstands gegen eine vermeintlich drohende »neomarxistische Revolution« in der Europäischen Union dar. Zudem zieht Ordo Iuris eine Parallele zwischen den Zielen der damaligen sowjetischen Revolutionäre und den aktuellen EU-Reformen. Sie behaupten, dass die Vision eines zentralisierten europäischen Staates, wie sie von Altiero Spinelli, einem Mitbegründer der Europäischen Union, in seinem »Manifest von Ventotene« 1941 formuliert wurde, in direkter Linie zu den aktuellen EU-Reformbestrebungen steht. Spinellis Manifest rief zur Gründung eines föderalen Europas auf, das die nationale Souveränität zugunsten einer stärkeren europäischen Einheit einschränken sollte. Ordo Iuris deutet diese Vision als Bedrohung für nationale Identitäten und Freiheiten, ähnlich wie sie in der Vergangenheit durch kommunistische Ideologien bedroht wurden. Dass ein Gebäude des Europäischen Parlaments den Namen Altiero Spinellis trägt, interpretiert Ordo Iuris als symbolische Bestätigung der ideologischen Kontinuität zwischen der damaligen revolutionären Bewegung und den heutigen EU-Reformern.

TFP-Netzwerk als globaler gesellschaftspolitischer Player

Ordo Iuris betont, dass man bewusst auf staatliche Fördergelder verzichtet, um seine Unabhängigkeit zu wahren. Die Organisation stützt sich vor allem auf einen sogenannten »Freundeskreis«, der durch monatliche Spenden den Haushalt über einige Jahre finanziell stabilisiert hat. Doch bereits 2022 war in dieser Hinsicht ein außergewöhnlich schwieriges Jahr für Kwaśniewskis Thinktank. Journalisten wiesen darauf hin, dass Ordo Iuris gerade in dem Moment in finanzielle Schwierigkeiten geraten sei, als die Sanktionen gegen Russland in Kraft traten. Dies nährte zusätzlich Spekulationen über Verbindungen zu prorussischen Organisationen wie etwa Agenda Europe, was von Ordo Iuris bisher stets heftig bestritten wird. Im Jahr 2013 unterzeichnete Ordo Iuris zusammen mit sechs anderen polnischen Organisationen eine Unterstützungsliste für das russische Gesetz zum Verbot der Propaganda von Homosexualität. Ordo Iuris arbeitete auch mit dem World Congress of Families zusammen, der von dem russischen Oligarchen und ehemaligen Präsidenten der Russischen Eisenbahnen, Wladimir Jakunin, gegründet wurde.

Um die Wurzeln von Ordo Iuris zu verstehen, muss man bis ins Jahr 1960 nach Brasilien zurückschauen. Dort gründete der katholische Publizist und Politiker

Plinio Corrêa de Oliveira die Organisation TFP (Tradição, Família e Propriedade, zu Deutsch: Tradition, Familie und Privateigentum), welches sich für eine antiegalitäre, antiliberale und fundamentalkatholische Kultur und Politik einsetzte. Die TFP war sowohl eine religiöse als auch eine soziale Bewegung und pflegte Verbindungen zu südamerikanischen Diktaturen und rechtsextremen Akteuren. Ihr Name steht gleichzeitig für eine bestimmte Lehre: Sie strebt eine idealisierte Rückkehr zur mittelalterlichen Ordnung an.

Im katholisch geprägten Polen fand das TFP-Netzwerk Ende der 1990er Jahre ideale Bedingungen für seine Aktivitäten. Berichten zufolge war das Fundraising der Non-Profit-Organisation, das auf Massenversand religiöser Medaillons, Marienbilder und christlicher Publikationen basierte, so erfolgreich, dass es die

Einrichtung weiterer Filialen ermöglichte. Im Jahr 2013 gründete einer der beiden polnischen TFP-Ableger die Denkfabrik Ordo Iuris. Das europäische Netzwerk der TFP, das NGOs in mindestens zehn europäischen Ländern umfasst, wird derzeit weiter ausgebaut. Die unterschiedlichen Filialen sind nicht immer durch denselben Namen oder das charakteristische Löwen-Logo als Teil desselben Verbands erkennbar. Recherchen eines internationalen Journalistennetzwerks legen nahe, dass Polen längst zum regionalen Zentrum dieser internationalen Bewegung geworden ist. Angesichts dieses Sachverhalts erscheint es durchaus berechtigt zu fragen, wie viel nationale Souveränität und genuin polnische Willensbildungsprozesse hinter der betont nationalpopulistischen und wertkonservativen Agenda stecken.

Über die Autorin

Kludia Hanisch arbeitet als Lehrbeauftragte an der Georg-August-Universität Göttingen im Fach Politikwissenschaften und ist Beraterin für Arbeits- und Sozialrecht in den Sprachen Polnisch und Tschechisch beim DGB-Beratungsnetzwerk Faire Mobilität. Darüber hinaus ist sie als freie Referentin in der politischen Erwachsenenbildung bei ver.di Gewerkschaftspolitische Bildung (ver.di GPB) tätig.

Lesetipp

- Wielka Koalicja za Równością i Wyborem (Hg.) [Große Koalition für Gleichheit und Wahl]: *Kontrrewolucja kulturowo-religijna. Czy Polsce grozi prawo podporządkowane ideologii chrześcijańskich fundamentalistów?* [Die kulturell-religiöse Konterrevolution. Droht Polen ein Recht, das der Ideologie christlicher Fundamentalisten untergeordnet ist?] Warszawa 2020. [Langversion].
- Wielka Koalicja za Równością i Wyborem (Hg.) [Große Koalition für Gleichheit und Wahl]: *Kontrrewolucja kulturowo-religijna. Czy Polsce grozi prawo podporządkowane ideologii chrześcijańskich fundamentalistów? Streszczenie publikacji.* [Die kulturell-religiöse Konterrevolution. Droht Polen ein Recht, das der Ideologie christlicher Fundamentalisten untergeordnet ist? Zusammenfassung der Langversion]. Warszawa 2020.

CHRONIK

9. Juli – 2. September 2024

09.07.2024	Präsident Andrzej Duda reist zum NATO-Jubiläumsgipfel nach Washington und gibt dem US-amerikanischen Nachrichtensender Fox News ein Interview. Er unterstreicht, dass für Polen das Wichtigste eine stabile Politik der NATO sei. Gefragt nach einem möglichen Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten der US-Republikaner, Donald Trump, unterstreicht Duda, Trump und er hätten eine sehr gute persönliche Beziehung. Er freue sich über jede Gelegenheit zum Gespräch, da Trump große Lebenserfahrung sowohl im politischen als auch unternehmerischen Bereich habe. Die Jahre, als Trump bereits Präsident war, seien gute Jahre für Polen gewesen. Seine Anwesenheit beim Gipfel der Drei-Meere-Initiative in Warschau (2017) sei ein starker Impuls für die Zusammenarbeit in diesem Format gewesen. Dessen ungeachtet habe er, Duda, in seinen neun Jahren Amtszeit als Präsident Polens gute Beziehungen zu allen US-Präsidenten aufgebaut.
10.07.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz unterzeichnet während des NATO-Gipfels in Washington ein Memorandum, in dem zwölf Staaten (Australien, Kanada, Dänemark, Estland, Deutschland, Italien, Lettland, Niederlande, Neuseeland, Polen, Schweden, Großbritannien) ihre Zusammenarbeit bei der Finanzierung und Lieferung von Drohnen an die Ukraine bekunden.
10.07.2024	Medienberichten zufolge treten einige der sechs Abgeordneten der rechtspopulistischen Konföderation (Konfederacja) der Fraktion bei, die die Alternative für Deutschland (AfD) im Europaparlament gründen will. Die AfD soll dafür Partner aus sieben Ländern gefunden haben. Als Name der Fraktion ist Europa Souveräner Nationen (ESN) im Gespräch.
11.07.2024	Am Rande des NATO-Gipfels in Washington unterzeichnen Polen, Frankreich, Deutschland und Italien eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Langstreckenraketen mit einer Reichweite von mehr als 500 Kilometern.
12.07.2024	Der Sejm stimmt mit 218 Gegenstimmen, 215 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen gegen eine von Abgeordneten der Linken (Lewica) eingebrachte Gesetzesnovelle des Strafrechts, die die Entschärfung des Abtreibungsrechts zum Ziel hat. Zu den Gegnern gehören auch Abgeordnete der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronictwo Ludowe – PSL), die Partner in der Regierungskoalition ist. Das Gesetzesprojekt sah vor, dass die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs mit Zustimmung der Schwangeren bis zur 12. Schwangerschaftswoche entkriminalisiert wird. Außerdem beinhaltet es die Entkriminalisierung der Hilfe bei Abtreibungen. Aktuell droht für Hilfeleistung bei Abtreibung eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren.
13.07.2024	Das Innenministerium teilt mit, dass die polnischen Grenz- und Sicherheitsbehörden in dieser Woche eine von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex geleitete Übung zum Schutz der polnischen EU-Außengrenze durchgeführt haben. In der Übung wurde ein von Drittstaaten erzeugter Immigrationsdruck an den polnischen Grenzen simuliert. Simulationsübungen werden regelmäßig von Frontex in den EU-Staaten durchgeführt, um die Zusammenarbeit mit den jeweiligen nationalen Behörden zu stärken.
15.07.2024	Nach aktuellen Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) arbeiten in Polen rund 15 Millionen Menschen (Stand 31.01.2024). Die höchste Anzahl der Beschäftigten verzeichneten mit rund vier Millionen Angestellten Unternehmen mit bis zu fünf Beschäftigten (26,6 Prozent der Gesamtheit).
16.07.2024	Ewa Kopacz, ehemalige Ministerpräsidentin Polens, wird wieder zur Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments (Fraktion der Europäischen Volkspartei) gewählt. Sie erhielt 572 von 665 gültigen Stimmen. Insgesamt gibt es 14 Vizepräsidenten.
17.07.2024	In Warschau blockieren Aktivisten der Klimabewegung »Letzte Generation« die Fahrbahn der Świętokrzyski-Brücke, eine der Hauptverbindungen ins Warschauer Zentrum. Sie fordern von der Regierung, die für den Autobahnneubau vorgesehenen Mittel vollständig für den regionalen öffentlichen Personennahverkehr zu verwenden und ein regionales Nahverkehrsticket für monatlich 50 Zloty (ca. 12 Euro) einzurichten.
18.07.2024	Nach aktuellen Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug der monatliche Durchschnittslohn im Industriesektor im Juni 8.144,83 Zloty brutto (ca. 1.900 Euro brutto).
18.07.2024	Der Chef des Präsidialamtes, Marcin Mastalerek, und Präsidentenminister Wojciech Kolarski sind zu Gast beim Parteitag der US-Republikaner in Milwaukee (USA), auf dem Donald Trump zum Präsidentschaftskandidaten gewählt wird. In einem Interview mit dem Sender TVN sagt Mastalerek, sie würden jede Gelegenheit nutzen, um in Gesprächen auf dem Parteitag für die Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg zu werben und klarzustellen, dass Russland den Krieg nicht gewinnen dürfe. Polen gebe aktuell vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes für seine Sicherheit aus und könne sich daher der Unterstützung der USA in Fragen der Verteidigung sicher sein.

19.07.2024	Paulina Piechna-Więckiewicz, Vizeministerin für Nationale Bildung, trifft sich in Warschau mit Vertretern der Gruppe der ukrainisch-polnischen Freundschaft des Obersten Rates (Werchowna Rada) der Ukraine. Thematisiert wird u. a. die ab dem neuen Schuljahr (1. September) geltende Pflicht, dass alle geflüchteten ukrainischen Kinder in polnischen Schulen beschult werden müssen. Im Schuljahr 2023/24 lernten 178.365 Schüler, die vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geflohen waren, in polnischen Schulen. Ungefähr ein Drittel der geflüchteten Kinder hat bisher nur am ukrainischen Fernunterricht teilgenommen.
20.07.2024	In Warschau wird auf der Pferderennbahn im Stadtteil Służewiec die vierte Street Art-Schau »Urban Art Area« eröffnet. Gezeigt werden 500 Objekte, u. a. Graffiti, Mauerbilder, Live-Painting und Installationen von 80 Künstlern. Die Organisatoren betonen, dass polnische Street Art-Künstler in ganz Europa, den USA, Asien und Afrika tätig sind.
22.07.2024	Auf dem EU-Außenministertreffen in Brüssel ruft Außenminister Radosław Sikorski dazu auf, die nationalen Beschränkungen für den Einsatz von Langstreckenwaffen aufzuheben, um der Ukraine zu ermöglichen, sie zur eigenen Verteidigung gegen Luftangriffe im russischen Angriffskrieg einzusetzen. Außerdem schlägt Sikorski vor, das für Ende August geplante informelle Treffen der EU-Außenminister in Lwiw (Lemberg, Westukraine) stattfinden zu lassen. Der Hintergrund ist, dass Ungarn zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat und den Gepflogenheiten gemäß das informelle Außenministertreffen ausrichten würde. Allerdings wird der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán aktuell in der EU boykottiert, weil er unabgesprochen Reisen auf »Friedensmission« nach Moskau und Peking unternommen sowie sich mit US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump getroffen hat, was starke Kritik eines Teils der EU-Mitgliedsländer hervorrief.
23.07.2024	Mehrere Hundert Personen, die für die Liberalisierung des Abtreibungsrechts in Polen sind, demonstrieren vor dem Sejmgebäude gegen die Abweisung eines Gesetzesentwurfes am 12. Juli. Dieser sah die Entkriminalisierung der Hilfe bei einem Schwangerschaftsabbruch vor. Gegen die Gesetzesnovelle stimmten auch Abgeordnete der Regierungskoalition. Mit dieser ist allerdings die Hoffnung auf eine Liberalisierung des Abtreibungsrechtes verbunden. Zu dem Protest hat die Organisation Landesweiter Frauenstreik (Ogólnopolski Strajk Kobiet – OSK) aufgerufen. Auch aus Krakau (Kraków), Lodz (Łódź), Posen (Poznań) und Stettin (Szczecin) werden Proteste gemeldet.
24.07.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz empfängt seinen britischen Amtskollegen John Healey. Nach dem Treffen kündigt Kosiniak-Kamysz an, dass zeitnah eine Gruppe britischer Ingenieure nach Polen entsandt wird, um Möglichkeiten der Unterstützung beim »Schutzschild Ost« auszuloten. Außerdem habe Großbritannien erklärt, vier bis sechs Eurofighter zur Kontrolle des polnischen Luftraums (Air Policing) im kommenden Jahr zu schicken.
25.07.2024	Das Hauptstatistikamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) gibt bekannt, dass das Durchschnittsalter der 15,1 Millionen Arbeitnehmer in Polen 42,7 Jahre beträgt (Stand Ende Februar 2024).
27.07.2024	In Danzig (Gdańsk) eröffnen die stellvertretenden Kulturministerinnen Polens und Rumäniens, Marta Cienkowska und Diana Baciuna, die erstmalig stattfindende Polnisch-Rumänische Kultur-Saison 2024–2025 mit einer Ausstellung des rumänischen Malers Nicolae Grigorescu. Die »Kultur-Saison« steht unter dem Motto »Wir haben eine gemeinsame Sprache« und bietet Veranstaltungen in verschiedenen Kunstparten in Polen und Rumänien an.
30.07.2024	Nach aktuellen Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Lebensdauer von Männern in Polen im Jahr 2023 74,4 Jahre, bei Frauen waren es 82 Jahre. Die Lebenszeit verlängerte sich im Vergleich zum Jahr 2022 um 1,3 bzw. 0,9 Jahre (im Vergleich zu 1990 um 8,5 bzw. 6,8 Jahre).
31.07.2024	Nach neuesten Informationen des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stieg der polnische Export nach Deutschland im Jahr 2023 um 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und betrug 98,6 Mrd. Euro. Der Import aus Deutschland sank um 7,6 Prozent und umfasste 68,3 Mrd. Euro. Die Haupthandelspartner für den polnischen Export waren 2023 Deutschland, Tschechien und Frankreich, für den Import nach Polen waren es Deutschland, China und Italien.
31.07.2024	Kulturstaatssekretärin Bożena Żelazowska und der tschechische Kulturminister Martin Baxa unterzeichnen in Warschau eine multilaterale Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung eines Antrags an die UNESCO auf Eintragung der europäischen Papiermühlen aus der vorindustriellen Epoche in die Liste des Weltkulturerbes. Der gemeinsame Antrag wird von Polen, Tschechien, Deutschland, Spanien und Italien vorbereitet.

01.08.2024	Für die polnische Armee beginnt ein neuer Einsatz in der Region Podlachien (województwo podlaskie) an der polnischen Ostgrenze. Die Streitkräfte unterstützen den polnischen Grenzschutz und die Polizei bei der Bekämpfung illegaler Migration aus Drittstaaten. Diese werde, so der Vorwurf Polens und der Europäischen Union, vom belarussischen Regime gesteuert. 8.000 Soldaten sind unmittelbar im Einsatz, weitere 9.000 stehen in Bereitschaft. Die polnische Armee wird bereits seit Herbst 2021 an der polnischen EU-Außengrenze infolge des künstlich erzeugten Migrationsdrucks eingesetzt.
01.08.2024	In Polen wird des 80. Jahrestages des Beginns des Warschauer Aufstands gegen die deutsche Besatzung gedacht. In Warschau finden die zentralen Gedenkfeiern mit Vertretern der Politik, der Kirchen und des öffentlichen Lebens statt. Anwesend sind auch Teilnehmer des Warschauer Aufstands. Die polnische Luftwaffe führt einen Ehrenflug mit vier Kampfflugzeugen über Warschau durch. Der Aufstand dauerte 63 Tage und endete mit der Niederlage der Aufständischen.
02.08.2024	Als erste Bundestagspräsidentin besucht Bärbel Bas am Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma eine Gedenkveranstaltung im ehemaligen deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Bas verweist auf eine Ende des vergangenen Jahres vom Bundestag beschlossene Kommission zur Aufarbeitung des Unrechts an Sinti und Roma. Kulturstaatsministerin Claudia Roth bittet beim Gedenktakt der politischen und parlamentarischen Repräsentanten alle Überlebenden im Namen der deutschen Bundesregierung um Vergebung und sagt, sie neige ihr Haupt vor den Überlebenden und ihren Nachfahren.
05.08.2024	Nach aktuellen Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug der Anteil ausländischer Arbeitnehmer an der Gesamtheit der Arbeitnehmer Ende Februar 6,6 Prozent (1.004.600 Personen). Dies ist ein Anstieg um 1,4 Prozentpunkte im Vergleich zum Januar 2022. Die zahlenstärkste Gruppe sind mit 690.200 Personen Ukrainer und Ukrainerinnen. Im Vergleich zum Januar 2022 sank ihr Anteil an der Gruppe ausländischer Arbeitnehmer um 4,6 Prozentpunkte.
06.08.2024	Das Ministerium für Nationale Bildung teilt mit, dass der Beschlussvorschlag des Ministerkabinetts zur digitalen Transformation im Bildungsbereich zur Stellungnahme an die entsprechenden Behörden und Einrichtungen weitergeleitet wurde. Das zur Diskussion gestellte Programm umfasst u. a. die Weiterbildung der Lehrerschaft, die Ausstattung der Schulen und der Schülerschaft, die digitale Sicherheit und den Umgang mit Künstlicher Intelligenz.
07.08.2024	Das Ministerium für Klima und Umwelt gibt die Meldung einer möglichen Straftat an die Kreisstaatsanwaltschaft Warschau am 2. August bekannt. Dabei geht es um ein unter der Vorgängerregierung neu eingerichtetes Monitoring der Oberflächengewässer. Es steht der Vorwurf der Verschwendung und des nicht sachgemäßen Einsatzes öffentlicher Gelder im Raum.
09.08.2024	Innenminister Tomasz Siemoniak, Justizminister Adam Bodnar und Finanzminister Andrzej Domański unterzeichnen eine Vereinbarung über die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit dem Ziel, Amtsmissbrauch beim Umgang mit dem Staatsschatz zu verhindern. Auf der Pressekonferenz sagt Ministerpräsident Donald Tusk, dass zurzeit in 90 Einrichtungen Untersuchungen zum Einsatz öffentlicher Mittel unter der Vorgängerregierung in den Jahren 2016 bis 2023 laufen würden. Es sei bereits ein missbräuchlicher Umgang mit öffentlichen Mitteln in Höhe von 3,2 Mrd. Zloty festgestellt worden.
13.08.2024	Nach aktuellen Angaben des Gesundheitsministeriums werden für 2024/2025 knapp 100 Mio. Zloty (ca. 23,3 Mio. Euro) für die Erforschung und Behandlung sog. seltener Erkrankungen (max. fünf Erkrankte pro 10.000 Personen) zur Verfügung gestellt. Schätzungen zufolge leiden zwei bis drei Millionen Menschen in Polen an seltenen Erkrankungen.
14.08.2024	Medienberichten von ARD, »Süddeutscher Zeitung« und »Die Zeit« zufolge ist ein ukrainischer Staatsbürger, der des Anschlags auf die Nord Stream-Gaspipelines (2022) verdächtigt und mit Haftbefehl des Generalbundesanwalts Deutschlands gesucht wird, aus Polen ausgereist und untergetaucht. Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft Polens war die Ausreise des Verdächtigen aus Polen möglich, weil von deutscher Seite kein Eintrag in das Schengen-Register erfolgt sei, in dem die mit Europäischem Haftbefehl Gesuchten geführt werden.
15.08.2024	In Warschau finden unter dem Motto »Einladung zum Militär« die Hauptfeierlichkeiten des Feiertags der polnischen Streitkräfte statt. An dem Aufmarsch vor Regierungsvertretern sowie weiteren Repräsentanten der Politik und militärischen Führungskräften nehmen ca. 2.500 Soldaten der polnischen Armee teil, außerdem Soldaten verbündeter Streitkräfte. Gezeigt werden 200 Militärgeräte sowie eine Flugschau. Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz ruft zur Einigkeit auf. Die polnische Armee dürfe kein Spielball sein. Es liege in der kollektiven Verantwortung, dass die Streitkräfte kontinuierlich modernisiert werden.

17.08.2024	Nach Angaben des Ministeriums für Klima und Umwelt wurden seit dem 2. August insgesamt 77 Tonnen verwendeter Fische aus dem Teilabschnitt IV des Gleiwitzer Kanals und des Stausees Dzierżno Duże geborgen. Dies sei auf das Wachstum der Goldalge zurückzuführen, das durch das Einleiten von Salzen aus der Bergbauindustrie in die Gewässer befördert wird. Bereits im Sommer 2022 war es aufgrund hoher Temperaturen, eines niedrigen Wasserstands und Salzeinleitungen zu einem massenhaften Fischsterben in der Oder (Odra) aufgrund der Goldalge gekommen.
18.08.2024	Klima- und Umweltministerin Paulina Hennig-Kloska informiert auf einer Pressekonferenz in Pławniowice (Kreis Gleiwitz/Gliwice), dass in den letzten fünf Tagen unter wissenschaftlicher Aufsicht Wasserstoffperoxid an der Schnittstelle des Gleiwitzer Kanals und des Flusses Kłodnica eingeleitet wurde. Die Kłodnica ist ein Zufluss der Oder (Odra). Ziel des Experiments war, das Wachstum der Goldalge einzudämmen, die ein massenhaftes Fischsterben verursacht. Nach vorläufigen Angaben wurde die Alge fast vollständig ausgemerzt. Ihr Wachstum wird durch Salze befördert, die von der Bergbauindustrie eingeleitet werden. Das Ministerium unterstreicht, dass es sich bei dem Verfahren mit Wasserstoffperoxid um eine Krisenintervention, aber keine systemisch wirkende Maßnahme handele. Es werde an einem Plan zur Reduzierung der Salzeinleitung gearbeitet sowie an einem Gesetz zur Revitalisierung der Oder.
20.08.2024	Die Parteiführung der rechtsnationalen Partei Konföderation (Konfederacja) teilt mit, dass Sławomir Mentzen für das Amt des Staatspräsidenten kandidiert. Die Präsidentschaftswahlen finden 2025 statt.
21.08.2024	Das Innenministerium gibt aktuelle Informationen zum Aufenthaltsverbot in einem ca. 60 Kilometer langen Grenzstreifen an der polnisch-belarussischen Grenze bekannt. Das Verbot trat am 13. Juni für 90 Tage in Kraft, um illegale Einwanderung aus Drittstaaten zu bekämpfen. In den 70 Tagen bis zum 21. August wurden 4.322 Versuche illegaler Grenzübertritte nach Polen registriert. Im gleichen Zeitraum vor Verhängung des Verbots (4. April bis 12. Juni) wurden 13.980 Übertrittsversuche festgestellt.
22.08.2024	Am zweiten Tag seines Polen-Besuchs wird der Premierminister Indiens, Narendra Modi, von Ministerpräsident Donald Tusk empfangen. Es ist der 70. Jahrestag der Aufnahme der polnisch-indischen Beziehungen. Indien wird der Gruppe der strategischen Partner Polens in Asien (China, Japan, Südkorea) zugerechnet, mit denen Polen den politischen Dialog sowie die Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten pflegt. Thematisiert werden Kooperationen im Bereich der Rüstungsindustrie, der Lebensmittelproduktion, der Energiewende und der Künstlichen Intelligenz. Weitere Themen sind der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die sich zuspitzende Lage im Gazastreifen. Tusk und Modi äußern sich dahin gehend, dass Indien eine positive Rolle bei der Beendigung des Krieges in der Ukraine spielen könne. Es ist der erste Besuch eines indischen Regierungschefs seit 45 Jahren. Modi reist anschließend in die Ukraine weiter, wo er von Präsident Wolodymyr Selenskyj empfangen wird.
22.08.2024	Der polnische Episkopat wendet sich gegen eine Neuerung in der Organisation des Religionsunterrichts in Schulen, die vom Ministerium für Nationale Bildung beschlossen wurde und ab dem neuen Schuljahr gilt. Wenn sich in einer Klasse weniger als sieben Schüler zum Religionsunterricht melden, sollen sie mit einer anderen Klasse zusammen unterrichtet werden. Der Sprecher des Episkopats, Leszek Gęsiak, kritisiert, dass der Religionsunterricht somit anders durchgeführt werden wird, als es die kirchlichen Vertreter in ihrem Programm festgelegt haben. Der Episkopat teilt mit, dass er sich mit einer Eingabe an die Erste Vorsitzende des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN) gewandt hat, mit dem Ziel, dass der Fall vor dem Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny – TK) verhandelt wird.
23.08.2024	Bei der Veranstaltung Campus Polen der Zukunft (Campus Polska Przyszłości) in der Region Olsztyn räumt Ministerpräsident Donald Tusk ein, dass er in dieser Legislaturperiode keine parlamentarische Mehrheit für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sieht. Hintergrund ist die gescheiterte Abstimmung im Sejm Mitte Juli, bei der wenige Stimmen für die Entkriminalisierung der Durchführung von Abtreibungen fehlten und auch Mitglieder der Regierungskoalition gegen den Gesetzesentwurf stimmten. Tusk spricht sich auch gegen die vom Koalitionspartner Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) erhobene Forderung nach einem Referendum aus. Damit folgt er der Ablehnung einer Volksbefragung in Kreisen von Aktivistinnen für Frauenrechte.
24.08.2024	Präsident Andrzej Duda nimmt in Kyjiw an den Feierlichkeiten zum 33. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine teil. Auf einer Pressekonferenz mit dem ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj bekräftigt Duda, dass Polen die von Russland militärisch angegriffene Ukraine weiter unterstützen wird. Polen werde fortfahren, militärische Unterstützung in die Ukraine zu schicken und ukrainische Soldaten und andere Funktionsträger zu schulen. Außerdem setze sich Polen politisch für die NATO- und EU-Mitgliedschaft der Ukraine ein. Die Ukraine habe dieselbe historische Legitimation, Teil der Europäischen Union zu sein, wie Polen und Litauen, sagt Duda.

25.08.2024	Am »Tag der polnischen Lebensmittel« teilt das Landwirtschaftsministerium mit, dass Polen im Jahr 2023 ähnlich wie in den Vorjahren 73 Prozent der exportierten Nahrungs- und Agrarprodukte in die Länder der Europäischen Union ausgefahren hat. Zu den größten Exportpartnern Polens zählen Deutschland (Exporte im Wert von 13,3 Mrd. Euro), die Niederlande (3,2 Mrd. Euro), Frankreich (3 Mrd. Euro), Italien (2,5 Mrd. Euro) und Tschechien (2,4 Mrd. Euro). Der Gesamtexport polnischer Nahrungs- und Agrarprodukte betrug 2023 51,8 Mrd. Euro; das ist ein Anstieg von 8,1 Prozent im Vergleich zu 2022.
27.08.2024	Die Erste Vorsitzende des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN), Małgorzata Manowska, erhebt Anklage gegen eine Verordnung des Ministeriums für Nationale Bildung vor dem Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny – TK). Die Verordnung sieht vor, dass ab dem neuen Schuljahr (1. September) der Religionsunterricht klassenübergreifend zusammengelegt wird, wenn weniger als sieben Schüler einer Klasse an ihm teilnehmen wollen. Daraufhin hat sich der polnische Episkopat in der vergangenen Woche mit einer Petition an das SN gewandt, die Angelegenheit vor das TK zu bringen.
28.08.2024	Außenminister Radosław Sikorski teilt im Nachrichtendienst X mit, dass die in Nigeria Anfang des Monats verhafteten sechs polnischen Studierenden und ihre Dozentin nach Verhandlungen mit der Regierung wieder frei sind. Die Personen wurden als Teilnehmer einer Antiregierungsdemonstration in Nigeria festgesetzt und u. a. beschuldigt, russische Fahnen getragen zu haben.
29.08.2024	Die Staatliche Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) weist den Finanzbericht von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) über die Finanzierung des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen 2023 zurück. Die PKW wirft der PiS finanzielle Unregelmäßigkeiten in Höhe von 3,6 Mio. Zloty (ca. 840.000 Euro) vor. Die Parteifinanzierung für die PiS wird um 10 Mio. Zloty (ca. 2,3 Mio. Euro) reduziert.
30.08.2024	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, ruft die Anhänger der PiS zu Geldspenden auf. Am Vortag hat die Staatliche Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) den Finanzierungsbericht der PiS zum Parlamentswahlkampf 2023 wegen Unregelmäßigkeiten abgelehnt. Die PiS erhält daraufhin 10 Mio. Zloty (ca. 2,3 Mio. Euro) weniger zur Parteifinanzierung.
31.08.2024	Das Regierungszentrum für Sicherheit (Rządowe Centrum Bezpieczeństwa – RCB) gibt bekannt, dass Ministerpräsident Donald Tusk die Verlängerung der zweiten Sicherheitsstufe BRAVO bis zum 30. November unterzeichnet hat. Die Sicherheitsstufe bezieht sich v. a. auf die Verfügbarkeit des Personals sicherheitsrelevanter Organe und systemrelevanter Infrastruktur.
01.09.2024	In Polen wird in Anwesenheit hoher Regierungsvertreter des Beginns des Zweiten Weltkriegs, den Deutschland ausgelöst hat, und seiner Opfer gedacht. Vor 85 Jahren bombardierte in Wieluń (Region Lodz/województwo łódzkie) die deutsche Luftwaffe zivile Ziele, bei Danzig (Gdańsk) beschoss die deutsche Marine die Westerplatte. In seiner Ansprache in Wieluń unterstreicht Präsident Andrzej Duda, die Frage der Entschädigungen von Deutschland an Polen für die Verluste infolge des Zweiten Weltkriegs sei noch nicht geregelt. Ministerpräsident Donald Tusk sagt in seiner Rede auf der Westerplatte »Nie wieder Einsamkeit« – es dürfe in der Geschichte nie wieder vorkommen, dass Polen einem Angriff allein die Stirn bietet. Es gelte auch »Nie wieder Schwäche«. Deshalb sei Polen intensiv dabei, seine Armee zu modernisieren. Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sei die Lektion aus dem Zweiten Weltkrieg, dass Westeuropa und die NATO zu ihrer Verteidigung bereit sein müssen. Hohe Regierungsvertreter aus Deutschland sind bei den Feierlichkeiten nicht anwesend.
02.09.2024	Außenminister Radosław Sikorski absolviert einen viertägigen Aufenthalt in Asien. In Singapur wurde er vom Ministerpräsidenten, dem Außenminister sowie dem Koordinator für nationale Sicherheit empfangen. Weitere Stationen der Asienreise sind Malaysia und die Philippinen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>